



Die SVP foutiert sich um die Interessen der Wirtschaft und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger

Referat von Prisca Birrer-Heimo, Nationalrätin SP LU, Präsidentin SKS

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Schweizer Wirtschaft ist seit jeher auf Arbeitskräfte und insbesondere Fachkräfte und ExpertInnen aus dem Ausland angewiesen. So sind wir froh, wenn wir in den Gesundheits- und Pflegeberufen, in der Landwirtschaft, im Tourismus, im Ingenieurwesen und in der Forschung genügend Arbeitskräfte finden – auch aus dem Ausland. Vor der Personenfreizügigkeit war die Knappheit an diesen für die Wirtschaft wichtigen Arbeitskräften immer wieder Anlass für ein tieferes Wachstum. Natürlich ist der Mangel an ExpertInnen teilweise selbst verschuldet, weil die Schweiz nicht genügend Mittel in die Bildung und in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie investiert hat. Aber eine offene, kleine Volkswirtschaft wie die Schweiz wird immer auch auf Knowhow aus dem Ausland setzen.

Mit der Personenfreizügigkeit wurde auf dem Arbeitsmarkt nachvollzogen, was gesamtwirtschaftlich schon längst Realität war: die Schweiz ist Teil Europas, und genauso wie die Wirtschaft grenzüberschreitend agiert, sollen auch die Menschen diese Möglichkeit erhalten. Beide Seiten – Arbeitnehmende und Arbeitgeber – profitieren von einfachen und unkomplizierten Verfahren im Rahmen der PFZ.

Dieses Modell, das im Grundsatz gut funktioniert, auch wenn die flankierenden Massnahmen noch ergänzt und verbessert werden müssen, wird durch die Initiative in Frage gestellt. Verlangt wird wieder die jährliche Festlegung von Kontingenten. Und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet jene Partei, welche hinter jeder staatlichen Aktivität ein Regulierungs- und Bürokratiemonster vermutet, jetzt auf staatliches Mikromanagement setzen will.

Doch die Initiative geht weiter und ist darum auch so gefährlich: Es wird eine Neuverhandlung aller Abkommen verlangt, die der Kontingentregulierung widersprechen, was insbesondere die Personenfreizügigkeit (PFZ) mit Europa betrifft. Die EU wird mit der Schweiz keine Kontingente vereinbaren können, ohne die PFZ zu kündigen, weil Kontingente ja das Gegenkonzept zur PFZ sind. Und wenn innert dreier Jahre nach einer allfälligen Annahme der Initiative keine Lösung auf dem Tisch liegt, wird der Bundesrat auf dem Verordnungsweg die PFZ beenden müssen.

Die Rechtssicherheit für die Wirtschaft, wie sie die SVP immer gerne verlangt, würde hier fahrlässig ausser Kraft gesetzt, und Unternehmen müssten wieder zuerst nachweisen, dass sie auf deutsche, britische oder polnische Fachkräfte angewiesen sind, bevor sie diese anstellen könnten.

Daher ist klar: Die SVP fokussiert sich um die Interessen der Wirtschaft, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Ihr geht es mit dieser Initiative nur um die Bewirtschaftung ihres Lieblingsthemas einer nicht existierenden Überfremdung. Sie bewegt sich in der Tradition der Schwarzenbach-Initiative der 1970er Jahre und schürt dazu hemmungslos Ängste, insbesondere bei jenen Menschen, die angesichts der schnellen Veränderungen der letzten Jahre ein Unbehagen gegenüber Neuem und Fremdem entwickelt haben.

Dieses Unbehagen müssen Politik und Wirtschaft ernst und aufnehmen und politische Antworten liefern. Antworten, wie sie die SP beispielsweise mit den flankierenden Massnahmen auch propagiert und von den bürgerlichen Parteien einfordert.

Und Politik und Wirtschaft müssen auch hinstehen und sagen, wo keine Lösungen geliefert werden, sondern nur populistisch versucht wird, die eigenen Lieblingsthemen zu bewirtschaften – dies auf Kosten aller anderen. Denn wenn auch heute leider noch nicht alle Menschen von der PFZ profitieren – und das müssen wir ändern –, dann ist aber klar, dass erstens die ganze Wirtschaft und mit ihr die BürgerInnen unter einem Ende der PFZ leiden würden und zweitens gerade die Schwächsten am härtesten getroffen würden.